

Antrag

**der Abgeordneten Detlef Ehlebracht, Dr. Bernd Baumann, Prof. Dr. Jörn Kruse,
Dr. Joachim Körner, Dirk Nockemann, Andrea Oelschlaeger und
Dr. Alexander Wolf (AfD)**

Betr.: Kapazitätserweiterung Hauptbahnhof

Der Hamburger Hauptbahnhof ist derzeit kein Ort, an dem man sich gern aufhält, allzu drastisch wird man mit der latenten Überlastung konfrontiert: ob man sich auf dem Südsteig von den Menschenmassen voran schieben oder umrennen lässt oder auf den Bahnsteigen im Stau vor den Treppenanlagen befindet, jeder ist froh, wenn er dem Gedränge wieder entkommen ist.

Die Überlastung hat neben der allgemeinen und wünschenswerten Zunahme der Fahrgäste, dem daraus resultierenden Mehrbedarf und notwendigen Kapazitätserweiterungen in Form von mehr Zügen mit größerem Fassungsvermögen und dichter Taktung eine Ursache darin, dass früher zahlreiche Züge den Hauptbahnhof von Süd nach Nord nur durchfahren, statt dort zu enden beziehungsweise zu beginnen. Während der komplette Verkehr mit dem Norden und Süden (außer Lübeck) in Altona endete beziehungsweise einen Traktionswechsel erfuhr, finden wir heute alles im Hauptbahnhof konzentriert. Durchgängige Züge wurden in taktgängige Züge zerhackt und individuell ausgeschrieben. Die daraus resultierenden zahlreichen zusätzlichen Züge sowie der Umstand, dass sie beim Start und Ende erheblich länger verweilen, bindet zusätzliche Gleiskapazitäten.

Der Senat hat in der Sitzung des Verkehrsausschusses am 14.06.2016 den Stand seiner derzeitigen Überlegungen zur Kapazitätserweiterung des Hamburger Hauptbahnhofs vorgestellt. Gleichzeitig wurde angekündigt, dass die seit Anfang des Jahres laufende Verkehrsuntersuchung nicht in der zweiten Jahreshälfte 2016, sondern erst 2017 fertig werden wird.

Langfristig (ab 2027) vertraut man ausschließlich auf die Entlastung durch die S4 (durch die fortfallenden Regionalzüge in der Haupthalle). Allerdings betrifft dies lediglich rund 20.000 Fahrgäste, das heißt nur einen sehr kleinen Teil der heute insgesamt etwa 500.000 Benutzer des Hauptbahnhofs.

Aktuell hat man kurzfristig ein Bündel von kleinen Einzelmaßnahmen (Verbesserung der Beleuchtung, Versetzung von Werbeanlagen und Kiosken, neue Urinale, sukzessive Erneuerung von Bahnsteigoberflächen und so weiter) angedacht, bevor – basierend auf der Verkehrsuntersuchung – mittelfristig die Umwidmung der Steintorbrücke zur Kommunaltrasse mit Bushaltestellen und neuen Bahnsteigabgängen für etwas Entlastung im Fußgängerverkehr sorgen soll. Gleichzeitig hat man aber immerhin das Problem der zerteilten Zugläufe auch erkannt und will jetzt untersuchen, inwieweit hier Verbesserungen möglich sind. Ergebnis offen, aber eher negativ, denn viele Leistungen sind für unterschiedliche Zeiträume ausgeschrieben und an verschiedene Bahngesellschaften vergeben.

Neben den Verbesserungen für die Fahrgastströme bedarf es aber unbedingt auch Überlegungen und grundlegender Weichenstellungen zur Erweiterung der Gleiskapazität, damit der Hamburger Hauptbahnhof in Zukunft wieder ein positiv besetzter Ort

werden kann und er den Anforderungen des wachsenden Verkehrs in der wachsenden Metropolregion auch gewachsen ist.

Vor diesem Hintergrund möge die Bürgerschaft beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

1. konkret zu prüfen, ob sich der Bau eines weiteren Tunnelbahnsteigs im Bereich des heutigen Tiefbunkers zwischen Wallringtunnel und Bahnhofshalle oder auch als Variante unter Einbeziehung des Wallringtunnels realisieren lässt;
2. konkret zu prüfen, ob sich der Bau eines weiteren unterirdischen S-Bahnsteigs östlich des heutigen Gleises 1 unter dem Hachmannplatz realisieren lässt, damit der S-Bahn-Verkehr komplett aus der heutigen Bahnhofshalle herausgenommen werden kann und entsprechend Gleise für den Fernverkehr frei macht;
3. zu prüfen, ob sich im Bereich des südlichen Gleisvorfeldes zum Beispiel für den aus Richtung Süden in Hamburg endenden Verkehr Kopfgleise vorsehen lassen;
4. gemäß der bereits 2014 von der Handelskammer vorgebrachten Idee zu prüfen, ob sich eine Verlängerung der S-Bahn nach Lüneburg realisieren lässt;
5. der Bürgerschaft bis zum Ende des Jahres zu berichten.